
11006/J XXV. GP

Eingelangt am 24.11.2016

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten

**Cornelia Ecker,
KollegInnen und Kollegen**

**an den Bundesminister für Forst- und Landwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft**

Laut Presseberichten hat die Umweltorganisation Greenpeace Pflanzen aus einem offen zugänglichen Waldstück in Linsenberg/Kärnten auf Rückstände von Glyphosat untersucht. Das Ergebnis zeigt eine dermaßen erhöhte Belastung von Himbeeren, dass ein Kleinkind, beim Konsum von nur 5 Beeren die Tagesdosis an Glyphosat überschreiten würde, bei einem Erwachsenen würden 62 Gramm ausreichen, was etwa einer halben Tasse entspricht.

Das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat steht unter schärfster Kritik, da in verschiedenen Studien, etwa von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationale Krebsforschungsagentur (IARC), davon ausgegangen wird, dass das Mittel höchstwahrscheinlich krebserregend ist.

Die Proben, welche von der Gesundheitsorganisation entnommen wurden, sollen dabei den Grenzwert um ein 500-Faches überschritten haben. Ebenso wurde der Wert bei Pilzen nicht eingehalten, die Proben zeigen einen Rückstandshöchstwert von 32 mg/kg, bei Glyphosat wurde der Grenzwert auf 0,5 mg pro kg festgelegt.

Zusätzlich haben Forschungen von Dr. Johan Zaller, vom Institut für Zoologie der Universität für Bodenkultur (Boku) ergeben, dass es beim Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden der Nachwuchs von Regenwürmern abnimmt und es gab eine unmittelbare Gefahr für Kaulquappen.

Insgesamt wurde, aufgrund der Kritik von internationalen Organisationen und tausenden eingebrachten Unterschriften, die Zulassung für Glyphosat in der EU für nur 18 Monate erneuert. Der Herr Bundesminister selbst hat in einem Interview mit Topagrar Österreich, am 11. April dieses Jahres gesagt: „Österreichs Landwirtschaft braucht gar kein Glyphosat“.

Dazu gibt es bereits Landtagsbeschlüsse und verschiedene Ersuchen, die an den Bundesminister gerichtet sind und ein bundesweites Verbot von Glyphosat fordern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

- 1.) Warum nehmen Sie als Minister nicht ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahr und verbieten Glyphosat bundesweit?
- 2.) Hat das Ministerium mit Greenpeace Kontakt aufgenommen? Welche Schritte wurden im konkreten Fall in Linsenberg gesetzt?
- 3.) Welche Landtagsbeschlüsse und Ersuchen von Kommunen gab es bereits, die ein bundesweites Verbot von Glyphosat gefordert haben?